DIE BAU-HOLZ

Dein Service-Magazin der **Gewerkschaft BAU-HOLZ**

KV-VERHANDLUNGEN 2022

UKRAINE-KRIEG

Arbeit, Energie, Teuerung:
Wo der Ukraine-Krieg dich direkt trifft

Seiten 4 bis 7

LOHNERHÖHUNG 1. MAI 2022

Nur deine Gewerkschaft
verhandelt deinen Lohn

Seiten 15 bis 19

PREISE RUNTER

Jetzt unterschreiben **für ein Ende der Kostenexplosion**

Seiten 20 und 21

Jahrgang 117, Ausgabe 01-05 2022 I www.**gbh-news**.at I www.facebook.com/**deinegbh**

Petition: **Abschläge runter bei I-Pensionen!**

PETITION: PFLEGE IST SCHWER(ST)ARBEIT. Österreich steckt – nicht erst seit der Corona-Pandemie – in einer zunehmenden Pflegekrise. Das liegt nicht zuletzt an den schwierigen Arbeitsbedingungen.

„Meine Hochachtung gilt Menschen, die in ihrem Arbeitsleben Schwerarbeit verrichtet haben, ob in der Pflege, in der Produktion oder am Bau. Für sie muss alles getan werden, um ihre Arbeitsbedingungen optimal zu gestalten, man darf aber auch in der Pension nicht darauf vergessen, was sie geleistet haben. Deshalb fordere ich: Abschläge runter bei den I-Pensionen!“, sagt der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Bau-Holz Josef Muchitsch.

Petition eingebracht

Muchitsch brachte als Abgeordneter im Nationalrat eine Petition ein, mit der er fordert, dass Pflege als Schwerarbeit anerkannt werden muss. Darüber hinaus soll Schwerarbeit grundsätzlich abschlagsmindernd bei Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspensionen angerechnet werden.

Pflegekräfte schaffen oft Zugang zur Schwerarbeitspension nicht

Seit 2017 wird von den Regierungen eine Pflegereform versprochen, aber nicht umgesetzt. „Wir wollen den Zugang zur Schwerarbeitspension für 160.000 Menschen ermöglichen. Auch das muss Teil einer Pflegereform sein, die wir dringend brauchen, um ausreichend MitarbeiterInnen für die Pflege zu gewinnen“, bekräftigt Muchitsch.

GBH: Solidarisch mit unseren Pflegekräften

I-Pension: Abschläge runter

Viele Menschen leisten in ihrem Berufsleben zwar Schwerarbeit, erreichen aber dennoch keine Schwerarbeitspension, weil sie schon vorher aufgrund massiver berufsbedingter gesundheitlicher Schäden aus dem Arbeitsleben fallen. Diese Betroffenen müssen dann eine Invaliditäts- oder Berufsunfähigkeitspension mit hohen Abschlägen in Anspruch nehmen. „Wir lassen diese Menschen nicht im Stich. Deshalb wollen wir, dass Schwerarbeitszeiten abschlagsmindernd auf diese Pensionsarten wirken“, sagt Muchitsch.

> Um Druck für die notwendige Pflegereform zu machen, habe ich eine parlamentarische Petition eingebracht, in der u.a. gefordert wird, Pflegekräfte in die Schwerarbeitsverordnung aufzunehmen sowie die Ausbildungen als Versicherungszeiten anzuerkennen.
>
> **Abg. z. NR Josef Muchitsch,** GBH-Bundesvorsitzender

Aus dem Inhalt

Seiten 4 bis 7

Wo der Ukraine-Krieg dich direkt trifft

Arbeit, Energie und Teuerung. Für viele Menschen ist das Leben nicht mehr leistbar. Die Regierung wäre gut beraten, die Fehler aus der Corona-Krise nicht zu wiederholen.

Seiten 8 und 9

Corona: Hilflosigkeit der Bundesregierung

Nach zwei Jahren Corona-Pandemie ist die Bundesregierung nicht in der Lage, die Pandemie wirkungsvoll zu bekämpfen. **Was bleibt, ist eine Spaltung der Gesellschaft.**

Seiten 15 bis 19

KV 2022: 4er in fast allen Branchen erreicht

Deine GBH – Dein Garant für deine jährliche Lohnerhöhung. NUR deine Gewerkschaft Bau-Holz verhandelt jährlich deine Lohnerhöhung. Diese tritt mit 1. Mai 2022 in Kraft.

Seiten 22 und 23

Was wäre in Krisen ohne Gewerkschaften?

OHNE GEWERKSCHAFTEN KEINE höheren Löhne! KEINE höheren Lehrlingseinkommen! KEINE Zulagen! KEINE Vertretung für dich als ArbeitnehmerIn in Krisenzeiten.

Weitere Schwerpunkte dieser Ausgabe …

Jetzt CO2-Bepreisung verschieben +++ Petition: Rasche Hilfe für Long-Covid-Erkrankte +++ Impfpflicht auf Eis gelegt +++ Lohnerhöhung und Teuerung +++ 8. März Weltfrauentag: Arbeitszeit runter, Einkommen rauf - mehr Respekt +++ PREISE RUNTER! JETZT +++ Rund um die GBH +++ …

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Wenn man sich das aktuelle Geschehen in Österreich ansieht, muss man zum Schluss kommen, egal, ob es um die Teuerung, die Energiepolitik oder die Bekämpfung der Corona-Pandemie geht: Diese Bundesregierung „kann" Krise nicht. Umso wichtiger sind gerade jetzt starke Gewerkschaften.

Erfolgreiche KV-Abschlüsse 2022!
Während andere noch verhandeln, haben wir heuer bereits tolle Kollektivvertragsabschlüsse mit einer „4" vorne gesichert, um euch damit zu entlasten. Dazu kommen mehr Freizeittage, die viele schon seit 2021 genießen. Heuer haben wir nachgezogen.

PREISE RUNTER – JETZT!
Diese Regierung muss die enorme Teuerung bekämpfen. Die Energie-, Lebensmittelpreise und Mietkosten explodieren. Viele Menschen wissen nicht mehr, wie sie ihr Leben finanzieren sollen. Die Maßnahmen der Bundesregierung gegen die Teuerung reichen bei Weitem nicht. Unsere Kampagne „Preise runter!" zeigt, was jetzt notwendig wäre.

Abschläge RUNTER bei I-Pensionen
Gerade jetzt ist es wichtig, das Pflegepersonal zu entlasten. Pflege muss als Schwerarbeit anerkannt werden. Darüber hinaus soll Schwerarbeit grundsätzlich abschlagsmindernd bei Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspensionen angerechnet werden. Dazu habe ich einen Antrag im Nationalrat eingebracht.

Unterstütze uns! Unterzeichne unsere Petitionen. **Mach dich stark – mach uns stark und wirb' Mitglieder.**

Abg. z. NR Josef Muchitsch
GBH-Bundesvorsitzender

Ukraine-**Krieg**

Die Bundesregierung muss Nägel mit Köpfen machen. Das dauernde Herumlavieren mit immer wechselnden Aussagen und Zielsetzungen hat uns alle schon in der Corona-Krise schwer belastet.

Abg. z. NR Josef Muchitsch, GBH-Bundesvorsitzender

Arbeit, Energie, Teuerung: **Wo der Ukraine-Krieg dich direkt trifft**

MASSNAHMENPAKET. Gewerkschaft BAU-HOLZ Bundesvorsitzender Abg. z. NR Josef Muchitsch fordert im Nationalrat rasche Gegenmaßnahmen. Leider haben die Regierungsparteien alles abgelehnt, was die Menschen wirklich entlasten würde.

Plötzlich gibt es, nach mehr als 30 Jahren, in Europa wieder ein Kriegsgebiet.

Schreckliche Ereignisse, die viele von uns nicht mehr für möglich gehalten hätten. Es ist unsere selbstverständliche Pflicht, den betroffenen Menschen zu helfen, wo wir können.

Es ist aber auch klar, dass dieser Krieg, der nicht einmal 600 Kilometer von uns entfernt tobt, auch ganz konkrete Auswirkungen auf unser Land, auf unsere Wirtschaft hat.

Die ohnehin bereits hohe Inflation wird weiter steigen. Öl, Gas, aber auch Lebensmittel werden immer teurer. Schon jetzt gibt es bei vielen Produkten und auch Vorprodukten für die Industrie große Lieferschwierigkeiten und Verteuerungen. Auch das wird durch den Krieg noch verschärft. Wenn es dadurch in Österreich zu Produktionsausfällen kommt, sind Arbeitsplätze und im schlimmsten Fall ganze Produktionsstandorte gefährdet.

Für viele Menschen in Österreich ist die Teuerung der letzten Monate bereits nicht mehr verkraftbar.

Handeln, bevor es zu spät ist

Die Regierung wäre gut beraten, die Fehler der Corona-Pandemie nicht zu wiederholen und jetzt endlich rasch zu handeln.

„Wir müssen aufpassen, nicht noch weiter abzurutschen“, sagt GBH-BV Abg.z.NR Josef Muchitsch, der als Nationalratsabgeordneter in einem Entschließungsantrag die Forderungen der ArbeitnehmerInnen zu diesem Thema deutlich gemacht hat.

Die Forderungen nach einem umfangreichen Maßnahmenpaket umfassen unter anderem

- **Inflationsdämpfende** Maßnahmen für die Menschen in Österreich.
- Die Ausarbeitung eines an die Erfordernisse **angepassten Kurzarbeitsmodells** mit den Sozialpartnern.
- Einen **Krisenüberbrückungsfonds** für betroffene Unternehmen

„Die Bundesregierung muss jetzt Nägel mit Köpfen machen. Das dauernde Herumlavieren mit immer wechselnden Aussagen und Zielsetzungen hat Österreich schon in der Corona-Krise schwer belastet. Was wir jetzt brauchen, ist ein Schulterschluss statt politischem Geplänkel und rasche konkrete Maßnahmen statt dem dauernden Schielen auf Umfragewerte“, so Muchitsch.

Leider wurde auch dieser Antrag von den Regierungsparteien abgelehnt. SCHADE!

Strengere Kontrollen, damit Ukraine-Flüchtlinge am Arbeitsmarkt nicht ausgenutzt werden

Der ÖGB verurteilt den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und unterstützt auf internationaler Ebene alle Bemühungen für ein Ende des Krieges. Tausende der Menschen, die aus der Ukraine flüchten mussten, sind bereits in Österreich angekommen, viele werden bleiben.

„Wir begrüßen, dass gewaltsam aus ihrer Heimat Vertriebene temporär den vollen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten“, sagt ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian, der aber zur korrekten Vermittlung von Arbeitsplätzen mahnt.

Es sind leider erste Vermittlungsplattformen entstanden, auf denen gesetzlich vorgeschriebene Details bei angebotenen Arbeitsplätzen fehlen. Für jede Stelle muss neben Arbeitszeit und Einkommen auch der Hinweis gegeben werden, dass eine Beschäftigungsbewilligung durch das AMS erteilt werden muss. Auch wenn einige vielleicht auch aus Unwissenheit mangelhafte Angaben machen, ist für den ÖGB klar: **Wer glaubt, mit dem Schicksal von vertriebenen und geflüchteten Menschen Lohn- und Sozialdumping betreiben zu können, der ist auf dem Holzweg.**

BAU-HOLZ-Branchen in der Zwickmühle?

FACHKRÄFTE- UND MATERIALMANGEL, EXPLODIERENDE PREISE. Die Ausgangssituation war trotz Corona-Pandemie blendend: Die Auftragsbücher voll wie selten zuvor, die österreichische Baubranche ist insgesamt ausgezeichnet durch die Corona-Krise gekommen, Kurzarbeit musste nur selten genutzt werden.

Das liegt nicht zuletzt auch an der ausgezeichneten Bau-Sozialpartnerschaft, die es möglich machte, zu Pandemiebeginn binnen weniger Tage Schutzbestimmungen für Baustellen auszuarbeiten und umzusetzen.

Im Verlauf des Jahres 2021 wurde es trotz Rekordauftragsbeständen turbulent. Die Unternehmen mussten sich aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie mit Materialknappheit, langen Lieferzeiten und enormen Preissteigerungen herumschlagen. „Der enorme Preisanstieg bei Baumaterialien hat zu der paradoxen Situation geführt, dass Bauunternehmen trotz voller Auftragsbücher finanzielle Einbußen hinnehmen mussten“, sagt der Bundesinnungsmeister Bau Robert Jägersberger gegenüber der Fachzeitschrift „Bau- und Immobilienreport“.

Nun muss die Baubranche wie praktisch alle anderen Branchen auch noch die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs bewältigen.

Lieferengpässe und Preissprünge verunmöglichen zunehmend jede seriöse Kalkulation, an Fixpreise ist vielerorts gar nicht mehr zu denken und durch den herrschenden Materialmangel drohen Bauverzögerungen oder gar Baustopps. Sogar Lieferungen von Schrauben und Nägeln kommen nicht mehr an. Es mangelt außerdem an Baustoffen wie Beton, Stahl und Holz, aber auch an Dämmstoffen, Leimbinder oder Kunststofferzeugnissen.

Die Bau-, Holz- und Steinbranche ist von den Produktionsstätten bis zu den Baustellen betroffen

Die Verknappung auf den Rohstoffmärkten erzeugt nicht nur Planungsunsicherheiten, sondern treibt auch die Preise für Rohstoffe wie Stahl, Aluminium oder Bitumen in immer lichtere Höhen. Der Österreichische Baumeisterverband (ÖBV) beklagt, die Märkte seien schlicht nicht mehr berechenbar.

Fehlende Arbeitskräfte

Problemfelder gibt es aber auch anderswo in der Branche: zum einen die explodierenden Preise für Kraftstoffe, vor allem Diesel. Zum anderen klagt die Branche auch über zunehmenden Arbeitskräftemangel: **Fehlte es bis vor Kurzem vor allem an Fachpersonal, gebe es mittlerweile auch schon zu wenige Hilfskräfte.** Covid-bedingte Ausfälle würden die Lage noch verschärfen.

Aus Deutschland wurde kürzlich eine Studie bekannt, derzufolge im Zuge der Corona-Pandemie Zehntausende Beschäftigte aufgrund von Materialmangel ihren Job verloren haben. Laut der Publikation summierten sich diese in der Industrie und im Baugewerbe von April 2021 bis Jänner 2022 auf 76.000.

Forderungen der Baubranche

Die Bauwirtschaft appelliert angesichts dieser Situation an die politischen Entscheidungsträger, die ab 1. Juli 2022 geplante CO2-Bepreisung so lange auszusetzen, bis sich die Entwicklung auf den Rohstoffmärkten wieder einigermaßen stabilisiert hat.

GBH-BV Josef Muchitsch setzt sich als Abgeordneter im Nationalrat vehement für eine Senkung der Energiepreise ein und fordert als Unterstützung für die Unternehmen einen Krisenüberbrückungsfonds und die Ausarbeitung eines an die Erfordernisse angepassten Kurzarbeitsmodells. Darüber hinaus gibt es gemeinsame sozialpartnerschaftliche Bestrebungen, den Fachkräftemangel zu bremsen.

Die Auftragslage ist gut wie lange nicht. Dennoch werden unsere Betriebe durch die Auswirkungen der Corona- und Ukraine-Krise gebremst. Der Bau ist die Konjunkturlokomotive. Wenn´s am Bau läuft, läuft´s auch in vielen anderen Bereichen. Es ist notwendig, dass die Bundesregierung aus ihrem Winterschlaf und ihrer Krisen-Schockstarre aufwacht und rasch die entsprechenden Maßnahmen setzt. Hören Sie endlich auf die Leute aus der Praxis!

Abg. z. NR Josef Muchitsch, GBH-Bundesvorsitzender

Corona: Chronologie des Scheiterns

Ein Rückblick

IM JAHR 2020

25. Februar
Erste bestätigte Fälle in Österreich

11. März
Die WHO erklärt Covid-19 zur Pandemie. Größere Veranstaltungen werden in Österreich verboten, der Uni-Betrieb und die Einreise aus Risikogebieten eingeschränkt.

16. März
Erster Lockdown: Sieben-Tages-Inzidenz 12 und 200 bis 300 Neuinfektionen, zwei Todesfälle.

1. Mai
Ende der Ausgangsbeschränkungen, Treffen von maximal 10 Personen erlaubt.

3. November
„Lockdown light“: Handel und persönliche Dienstleister bleiben offen, auch Volksschulen, Unterstufen, Kindergärten. Der Ausgang ist nachts beschränkt.

17. November
Zweiter Lockdown: Sieben-Tages-Inzidenz von 535 sowie 4.525 Spitals- und 658 Intensivpatienten: Handel und Dienstleister (außer Grund- und Gesundheitsversorgung) müssen zusperren.

Ex-Kanzler Sebastian Kurz, 28. August 2020
Schön langsam Licht am Ende des Tunnels

7. Dezember
Der Lockdown wird wieder „light“: Ausgangsbeschränkung nur nachts, Weihnachtsmärkte sind verboten.

24./25. Dezember
Weihnachts-Ausnahme: Maximal zehn Personen dürfen zusammen feiern.

26. Dezember
Dritter Lockdown: Sieben-Tages-Inzidenz von 147 sowie 2.455 Spitals- und 431 Intensivpatienten: Ausgang (rund um die Uhr) und Kontakte (ein Einzelner mit einem anderen Haushalt) wieder stark beschränkt.

27. Dezember
Die ersten Impfungen gegen das Coronavirus werden an der MedUni Wien verabreicht.

IM JAHR 2021

25. Jänner
FFP2-Maskenpflicht in Öffis, Handel ...

8. Februar
Der „harte“ Lockdown ist zu Ende: Der Handel darf wieder komplett aufsperren, Schulen kehren zum Präsenz-Unterricht zurück.

1. April
„Ost-Lockdown” in Wien, Niederösterreich und Burgenland. Sieben-Tages-Inzidenz von 242 sowie 2.297 Spitals-, und 531 Intensivpatienten: Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen rund um die Uhr, Schulen, Geschäfte (außer Grundversorgung), Freizeiteinrichtungen werden geschlossen.

19. April
Ende des harten Lockdowns im Burgenland.

3. Mai
Harter Lockdown endet auch in Wien und Niederösterreich.

19. Mai
Weitgehendes Ende der Corona-Einschränkungen

Vizekanzler Werner Kogler,
28. Mai 2021
Ein Sommer wie damals

22. Juli
Keine Maskenpflicht im Handel (außer Grundversorgung) mehr, 2,5G (geimpft, genesen, PCR-getestet) in der Nachtgastronomie.

Ministerin Elisabeth Köstinger,
14. Oktober 2021
Wintersaison wird auf jeden Fall stattfinden

CORONA. Nach zwei Jahren Corona-Pandemie sah sich Österreich im März mit Rekord-Neuinfektionszahlen und mit einer Bundesregierung konfrontiert, die seit zwei Jahren nicht in der Lage ist, diese Pandemie wirkungsvoll zu bekämpfen. Mittlerweile agiert bereits der 3. Gesundheitsminister. Was bleibt, ist eine Spaltung der Gesellschaft und ein riesengroßes Maßnahmenchaos. Niemand kennt sich mehr aus, welche Maßnahmen gerade wo gültig sind. Diese Bundesregierung hat leider mehrmals gezeigt, dass sie Krisen nicht bewältigen kann. Auch gegen die enorme Teuerung setzt sie nicht die notwendigen Maßnahmen.

1. November
3G-Regel am Arbeitsplatz tritt in Kraft.

LH OÖ Thomas Stelzer,
10. November 2021
Wir haben viele Intensivbetten

LH Salzburg Wilfried Haslauer,
10. November 2021
Virologen hätten am liebsten, dass jeder im Zimmer eingesperrt wird.

15. November
Lockdown für Ungeimpfte startet.

22. November
Der vierte österreichweite Lockdown für alle - bei 15.809 Neuinfizierten, 48 Todesopfern in 24 Stunden, 2.871 Infizierten im Spital, 520 Schwerkranken auf den Intensivstationen.

12. Dezember
Österreichweit endet der Lockdown für Geimpfte und Genesene - mit Schutzmaßnahmen: 2G-Nachweis, breitflächige FFP2-Pflicht, Registrierung in der Gastronomie.

24./25./26./31. Dezember
Über die Weihnachtsfeiertage und zu Silvester fällt de facto der Lockdown auch für Ungeimpfte.

IM JAHR 2022

20. Jänner
Im Nationalrat wird die Impfpflicht ab 18 Jahren beschlossen, die ab Anfang Februar gilt.

31. Jänner
Auch der Lockdown für Ungeimpfte endet.

5. März
Große Öffnungsschritte, die allermeisten Corona-Regeln werden aufgehoben.

9. März
Mit über 47.000 Neuinfektionen wird der vorläufig höchste Wert seit Beginn der Pandemie verzeichnet. Die Impfpflicht wird vorerst abgesagt.

16. März
58.500 Neuinfektionen werden verzeichnet, ein neuer Höchststand, der bislang ungebrochen ist.

24. März
Im Nationalrat wird die neue Corona-Teststrategie von der Regierungsmehrheit fixiert: Nur mehr 5 Antigen- und 5 PCR-Tests sind ab 1. April gratis. Die Maskenpflicht wird verschärft und auf alle Innenräume ausgeweitet. (Quelle APA)

Keine Strategie, keine Lösungen, keinen Plan

„Diese Regierung ist nicht in der Lage, irgendeine Krise zu bewältigen. Es gibt in der Corona-Krise keine Strategie, keine Lösungen, keinen Plan, nur einen unlogischen Zick-Zack-Kurs," konstatierte Baugewerkschaftschef Abg.z.NR Josef Muchitsch in einer Nationalratsdebatte. Muchitsch kritisierte insbesondere die neue Teststrategie mit fünf Tests pro Monat, wo kein Mensch weiß, wie sich das etwa für ArbeitnehmerInnen, die derartige Tests brauchen, ausgehen soll.

Planlosigkeit und Kontrollverlust

Die Corona-Situation ist dramatisch, die Bundesregierung verliert komplett die Kontrolle über die Ausbreitung des Virus. Ende März gibt es mehr als 50.000 Neuinfektionen, 3.300 SpitalspatientInnen, 230 auf Intensivstationen. 800 Corona-Tote in vier Wochen. 1.000 Schulklassen ohne Unterricht. Die Zahl der Erstimpfungen geht gegen null.

Fragwürdiger Medikamentenkauf

Auch bei den neuen Medikamenten gegen Corona agiert die Regierung unlogisch. Sie bestellt offenbar zu überhöhtem Preis und ohne zu wissen, wie diese Medikamente verteilt werden sollen.

Für Dich da!

Wir fordern:

Covid-19 als Berufskrankheit anerkennen

PETITION. Knapp vier Millionen Corona-Erkrankungen und über 15.000 Verstorbene melden die offiziellen Statistiken zwei Jahre nach Beginn der Corona-Pandemie Ende März in Österreich. Viele tausend Menschen kämpfen noch Monate oder sogar über ein Jahr nach ihrer Erkrankung mit medizinischen und sozialen Langzeitfolgen.

Rasche Hilfe für Long-Covid-PatientInnen

Viele von ihnen haben derzeit mangels Therapieplätzen keine Möglichkeit, zu einer adäquaten Behandlung zu kommen. Werden diese Long-Covid-PatientInnen jedoch nicht rechtzeitig optimal behandelt, fallen sie möglicherweise für lange Zeit oder sogar auf Dauer aus dem Arbeitsleben. Das führt bei den Betroffenen zu weiteren Folgeerkrankungen und zu existenziellen Problemen, aber auch für unseren Sozialstaat zu großen volkswirtschaftlichen Herausforderungen am Arbeitsmarkt und in der Versorgung dieser Menschen.

ÖGK-ArbeitnehmerInnen-Obmann Andreas Huss: „Die richtige Versorgung muss daher für alle Menschen zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus brauchen wir auch eine existenzsichernde finanzielle Absicherung für die Betroffenen."

HeldInnen der Krise müssen abgesichert werden

- **Viele Menschen infizieren sich am Arbeitsplatz mit Covid-19.** Daher ist die Anerkennung der Erkrankung und der Folgeerkrankungen als Berufskrankheit oder als Arbeitsunfall ein zentrales Anliegen.

- In vielen Berufen, z.B. in den BAU-HOLZ-Branchen, wird eine **Covid-19-Erkrankung mit Langzeitfolgen derzeit nicht als Berufskrankheit anerkannt.**

- Für eine solche Anerkennung und **Verbesserungen für Long-Covid-Betroffene** kämpfen Bau-Holz-Gewerkschafter auf allen Ebenen – Andreas Huss als ArbeitnehmerInnen-Obmann in der Österreichischen Gesundheitskasse ÖGK, Rudolf Silvan und Josef Muchitsch als Abgeordnete im Nationalrat.

Recht auf Leistungen

„Passieren Ansteckungen im Gesundheitsbereich, in Schulen, Kindergärten, Alten- oder Pflegeheimen und anderen derartigen Einrichtungen, dann ist eine Ansteckung mit dem Coronavirus als Berufskrankheit anerkannt, in sehr vielen anderen Bereichen besteht aber kein Versicherungsschutz. Das heißt, dass viele der HeldInnen der Corona-Krise nicht nur beim Corona-Bonus, sondern auch bei der Anerkennung einer Berufskrankheit durch die Finger schauen", erklärt Silvan.

Warum ist es dringend notwendig, dass Covid-19 als Berufskrankheit anerkannt wird?

Wird eine Krankheit als Berufskrankheit anerkannt, dann haben die betroffenen ArbeitnehmerInnen Anspruch auf Leistungen aus der Allgemeinen Unfallversicherung (AUVA) wie zum Beispiel Anspruch auf bestmögliche Reha-Maßnahmen, auf Umschulungen, wenn der alte Beruf nicht mehr ausgeübt werden kann, oder unter bestimmten Umständen auch auf Rentenzahlungen.

Petition eingebracht

Um unsere Forderungen zu untermauern, hat Silvan eine Petition im Nationalrat eingebracht. Die Abgeordneten im Petitionsausschuss haben sich einstimmig dafür ausgesprochen, dass nun eine Reihe von Institutionen und ExpertInnen, u.a. auch der ÖGB, um Stellungnahmen ersucht wird.

Bundesregierung gefordert

„Es gibt also zahlreiche Handlungsfelder, bei denen die Bundesregierung gefordert ist, rasch im Sinne der Long Covid-Betroffenen zu handeln, gute gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen und die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Das darf nicht – wie wir es leider bei der Pandemiebekämpfung in den letzten beiden Jahren erleben mussten – wieder verschlafen und schöngeredet werden. Sonst droht das nächste menschliche und volkswirtschaftliche Debakel. Investieren wir in die Gesundheit. Jetzt!", fordert Andreas Huss abschließend und versteht den Stillstand innerhalb der Regierung nicht.

Unterstütze die Petition zur Anerkennung von Covid-19 als Berufskrankheit!

zur Petition

Seit über zwei Jahren kämpfen wir gegen die Corona-Pandemie an. Jetzt kommt der Ukraine-Krieg dazu. Der Staat hat viele Milliarden Euro aufgewendet, dennoch sind wir mit enormen Teuerungsraten konfrontiert und viele können sich das tägliche Leben nicht mehr leisten. Wie hat sich die österreichische Bundesregierung im Vergleich mit anderen Ländern geschlagen?

Grottenschlecht! Die Transparenz bei den Zahlungen und die Ausgewogenheit ist auf der Strecke geblieben. Die ArbeitnehmerInnen haben viel zu wenig bekommen. Sie hatten weniger Einkommen aufgrund von Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit. Wenn es nach dieser Regierung geht, werden sie weiter zur Kasse gebeten. Nicht umsonst sind während der Krise die Reichen noch reicher geworden. Die Verlierer der Krise sind eindeutig die ArbeitnehmerInnen.

Was hätte man aus heutiger Sicht besser machen können?

Dort, wo die Sozialpartner eingebunden werden, funktioniert der Kampf gegen die Krise – sonst nicht. Im Gesundheitsbereich hat man nicht auf die ExpertInnen gehört. Die Regierung hat es nicht geschafft, den Pflegebereich durch bessere Arbeitsbedingungen aufzuwerten. Genau das haben wir als Gewerkschaft immer gefordert. Kurz gesagt: Die Regierung hätte gut daran getan, die ExpertInnen viel stärker einzubinden. Die Regierung wäre gut beraten, eine Politik für die Menschen und nicht für Umfrage- oder persönliche Beliebtheitswerte zu machen.

Die Corona-Krise ist immer noch nicht vorbei und der Ukraine-Krieg bringt neue Probleme.

Furchtbar, nach über 30 Jahren gibt es wieder einen Krieg in Europa. Das ist eine menschliche Katastrophe. Leider hat er auch wirtschaftliche Auswirkungen auf uns. Die ohnehin bereits hohe Inflation steigt weiter. Öl, Gas, aber auch Lebensmittel werden teurer. Schon jetzt gibt für viele Produkte große Lieferschwierigkeiten und Verteuerungen. Das wird durch den Krieg verschärft. Wenn es dadurch zu Produktionsausfällen kommt, sind Arbeitsplätze und leider auch Produktionsstandorte gefährdet. Die Teuerung trifft uns massiv und die Wirtschaft stöhnt unter den hohen Energiekosten.

Wie realistisch ist ein Umstieg in der Energieversorgung auf andere Lieferanten oder alternative Energie?

Es ist illusorisch, zu glauben, dass man jetzt schnell auf irgendwelche anderen Anbieter oder alternative Energiequellen umsteigen kann. Natürlich muss man versuchen, noch schneller den Ausstieg aus Gas zu schaffen. Das wird Zeit brauchen – gerade bei der Industrie. Da hilft uns auch der kürzliche Showauftritt des Bundeskanzlers und der Umweltministerin bei den Scheichs am Persischen Golf nichts.

Auch bei den Spritpreisen haben wir es mit enormen Teuerungen zu tun, obwohl die Einkaufspreise zurückgehen. Wie ist das zu erklären?

Es ist auffällig, dass Preisanstiege an den Zapfsäulen sofort weitergegeben werden, Preissenkungen scheinbar sehr viel langsamer. Kaum wurden Drohungen laut, die Kontrollmechanismen in Gang zu setzen, fiel der Spritpreis. Umso wichtiger ist es, hier genau - per Verordnung – zu regulieren.

Die Bundesregierung hat ein Paket gegen die Teuerung präsentiert. Reicht das?

Keineswegs. Dieses Paket beweist, wie wichtig unsere Kampagne „Preise runter!“ ist. Wir wollen die Preise für Energie und Treibstoff senken, das Kilometergeld auf 50 Cent erhöhen und die Mehrwertsteuer auf Öffi-Karten streichen. Außerdem habe ich einen Antrag im Nationalrat eingebracht, in dem ich inflationsdämpfende Maßnahmen, die Ausarbeitung eines angepassten Kurzarbeitsmodells und einen Krisenüberbrückungsfonds fordere. Was die Bundesregierung kürzlich als „großes Paket“ präsentiert hat, ist leider unsozial und zu wenig.

Wie kann der Staat die geforderten Maßnahmen finanzieren?

Der Staat hat durch die Teuerung Mehreinnahmen in Milliardenhöhe. Umso wichtiger ist es, den Menschen etwas zurückzugeben. Es sind nicht nur die Energiepreise, die die Menschen belasten, auch die Lebensmittel werden teurer. Viele Menschen müssen sich überlegen, ob sie noch Einkaufen gehen, wenn sie eine beheizte Wohnung möchten. Es ist keine Zeit für langes Überlegen – die Bundesregierung muss sofort handeln und die enorme Teuerung ausgleichen. Wir haben im Bau-, Holz- und Steinbereich mit unseren Lohnabschlüssen für Entlastung gesorgt. Aber das alleine reicht nicht – die Regierung muss jetzt endlich tätig werden. Auch die Profiteure der Krise müssen eindlich einen fairen Beitrag leisten.

Wie sieht aus deiner Sicht gute Politik in so schwierigen Zeiten aus?

Sie muss einen fairen Ausgleich zwischen den Interessensgruppen geben, Verhandlungen auf Augenhöhe und ein gemeinsames Bemühen. So, wie wir es auf Bau-Sozialpartnerebene vormachen. Die Menschen müssen sich das Leben leisten können, sie muss eine gute Balance zwischen Arbeit und Freizeit geben und jene, die wirklich Unterstützung brauchen, müssen sie bekommen. Die Wirtschaft muss gute Rahmenbedingungen vorfinden. Und nicht zuletzt muss die Politik endlich ein neues Klima schaffen, in dem das Miteinander zählt, nicht das Gegeneinander.

Wir brauchen ein **ehrliches Miteinander** im Kampf **gegen die Krisen**

INTERVIEW. Die Teuerungsrate befindet sich in abenteuerlichen Höhen, die Corona-Krise ist immer noch nicht vorbei, der Ukraine-Krieg lässt die Menschen um ihre Energieversorgung bangen und Unternehmen wissen nicht mehr, wo sie die Rohstoffe für ihre Produktion hernehmen sollen. Wo ist das Licht am Ende des Tunnels, das man uns versprochen hat? **GBH-BV Josef Muchitsch im Interview über sinnvolle Maßnahmen zur Krisenbekämpfung und die Wichtigkeit eines neuen Miteinanders.**

klick rein!

Muchitsch sieht sich **in seinem Nein zur Impfpflicht bestätigt**

IMPFPFLICHT-GESETZ. Die Regierung musste nach kaum mehr als einem Monat die Impfpflicht aussetzen. Zeitgleich sehen wir, dass die Impfpflicht keineswegs zu einem Mehr an Impfungen führt, und das, obwohl die Corona-Infektionszahlen im März und April noch explodierten.

GBH-Bundesvorsitzender Abg. z. NR Josef Muchitsch stimmte am 20. Jänner 2022 im Nationalrat gegen diese Impfpflicht und erhielt dafür viel Zustimmung aus der Bevölkerung.

Er bleibt dabei: Impfen schützt, diese Impfpflicht ist aber kontraproduktiv.

„Ich sehe mich bestätigt, dass dieses Gesetz der Regierung ein Pfusch ist. 3G am Arbeitsplatz einstellen und 2G auf dem Weg zur Arbeit geht nicht. Das habe ich schon am 20. Jänner kritisiert. Dazu brauchen wir ja keine Expertenkommission, sondern nur einen gesunden Hausverstand“, sieht sich Muchitsch in seinem Nein zu diesem Impfpflicht-Gesetz bestätigt.

Impfpflicht schadet Impfrate mehr als sie hilft

Tatsache ist, dass dieses Impfpflicht-Gesetz mit seinen vielen Problemen und Unsicherheiten der notwendigen Steigerung der Impfrate geschadet hat. Die Bundesregierung wäre gut beraten, anstatt an diesem Husch-Pfusch-Gesetz festzuhalten, sich gemeinsam und mit Hausverstand bestmöglich über Aufklärung und Bewusstseinsbildung auf eine wahrscheinliche weitere Welle im Herbst vorzubereiten, wenn sie schon in diesem Frühjahr einmal mehr ihre Unfähigkeit in der Pandemiebekämpfung unter Beweis gestellt hat.

Warum diese Impfpflicht ein Husch-Pfusch ist

GBH-BV Abg.z.NR Josef Muchitsch stimmte im Jänner im Nationalrat gegen diese Impfpflicht.

Die wichtigsten Gründe für diese Entscheidung

- **Gleichstellung am Arbeitsplatz**

  Warum gilt die Impfpflicht nur für ArbeitnehmerInnen mit Wohnsitz oder Sozialversicherung in Österreich, nicht aber für jene, die im Ausland leben und in Österreich arbeiten und für die vielen entsendeten ArbeitnehmerInnen?

- **Impfpflicht auch für 3-fach Geimpfte**

  wenn es der bereits dritte Gesundheitsminister seit Start der Pandemie verordnet.

- **Für Behörden und Ärzte nicht schaffbar**

Die Bundesregierung hat es in zwei Jahren Pandemie nicht geschafft, die notwendigen Strukturen zur Pandemiebekämpfung aufzubauen. Weder ÄrztInnen noch Behörden werden daher den zusätzlichen Aufwand durch die verordneten Maßnahmen bewältigen können.

Mehr Lohn **für dich**

Kollektivvertragsverhandlungen in unsicheren Zeiten

Die Gewerkschaft Bau-Holz verhandelt deinen Kollektivvertrag: in guten wie in schlechten Zeiten schaffen wir reale Lohnerhöhungen auf Basis der wirtschaftlichen Entwicklung deiner Branche.

Nach Jahren mit sehr niedriger Inflation auf Grund der Coronapandemie haben die Krisen in der weltweiten Lieferkette sowie der im Februar entflammte Krieg in der Ukraine die Preise erstmals seit Jahrzehnten über fünf Prozentpunkte im Monatsvergleich steigen lassen.

Hohe Energiekosten

Vor allem die Energiekosten sind für diese besorgniserregende Entwicklung verantwortlich.

Eine Teuerung ist aber in allen für unsere Mitglieder entscheidenden Bereichen zu entdecken: Mieten sind gestiegen, Lebensmittel sind teurer und Mobilitätskosten auf Grund horrend hoher Treibstoffpreise explodiert.

Die Preisentwicklung der letzten Monate hat für einige Verwirrung bei unseren KV-Erhöhungen gesorgt.

Letztes Jahr haben wir, was sich jetzt auf Grund der sehr schwierigen Rahmenbedingungen als Glücksgriff herausstellt, in fast allen Branchen Zweijahresabschlüsse getätigt. Im zweiten Jahr bildet die Grundlage für die KV-Erhöhung die durchschnittliche Inflation der letzten zwölf Monate (März 2021 – Februar 2022). Hinzu kommt ein Zuschlag, der dann die eigentliche Reallohnerhöhung ausmacht. Da die großen Preissteigerungen erst in den letzten Monaten des vergangenen Jahres und in den ersten Monaten des heurigen Jahres „zugeschlagen“ haben, ergibt sich als Basis für unsere Lohnerhöhungen im Durchschnitt ein Wert von 3,5%.

Dieser Wert wird, sollte die Preisentwicklung so weitergehen, für unsere Verhandlungen im nächsten Jahr deutlich höher liegen.

Klar ist für uns: Unsere Mitglieder haben sich auch in schweren Zeiten eine faire Lohnerhöhung verdient. Denn Facharbeit hat immer ihren Wert. Deshalb bleibt unser Ziel auch heuer und im kommenden Jahr eine Lohnerhöhung über der durchschnittlichen Inflation!

DETAILS
gbh-news.at

facebook.com/deinegbh

Je mehr Mitglieder
wir in deiner Branche haben,
desto besser können wir
deinen KV-Lohn verhandeln.

Wir verhandeln
deinen Lohn!
klick rein!
Follow us
deinegbh
gewerkschaft_bauholz
Mach uns stark.
Mach dich stark!
GBH
GEWERKSCHAFT
BAU - HOLZ

2-JAHRES-KV-ABSCHLÜSSE – Beispiel KV BAU. Basis für die Lohnerhöhung ist die Jahres-Inflationsrate des vergangenen Jahres, also diesmal der durchschnittliche Wert von März 2021 bis Februar 2022. Sie ist ein offizieller Wert, der von der Statistik Austria berechnet wird und die Teuerung der Waren des täglichen Lebens abbildet. Die für uns gültige Jahresinflation beträgt 3,5 Prozent.

KV ist VPI plus verhandelter Wert

„Warum schafft die Gewerkschaft nicht sechs Prozent Lohnerhöhung, wenn die Inflation doch bei sechs Prozent ist? Da haben wir doch real nicht mehr Geld?“, wird oft gefragt. **Doch, haben wir!** Denn in den Verhandlungen wird bei den Lohnerhöhungen immer die Jahresinflation des vergangenen Jahres, die Produktivitätssteigerung und der Anteil der Beschäftigten am Unternehmenserfolg abgebildet.

Wie passiert das im Detail?

- **Basis für die Lohnerhöhung ist die Jahres-Inflationsrate des vergangenen Jahres,** also der durchschnittliche Wert von März 2021 bis Februar 2022. Sie ist ein offizieller Wert von der Statistik Austria, der die Teuerung der Waren des täglichen Lebens abbildet. Die gültige Jahresinflation beträgt 3,5 Prozent.
- Dazu kommt eine **zusätzliche Erhöhung,** die den Anteil der Beschäftigten am Unternehmenserfolg und die Produktivität vergütet (0,7%).

Wenn also, wie aktuell, Gas um bis zu 300 Prozent teurer wird, beträgt die Inflation deswegen nicht auch gleich 300 Prozent, weil andere wichtige Waren nicht in gleichem Ausmaß teurer werden. Auch ein Monat mit 5,9 Prozent Inflationsrate hat noch kaum etwas mit dem Wert der Jahresinflation zu tun.

Es ist nicht möglich und auch nicht sinnvoll, so eine Momentaufnahme als einzige Basis für eine Lohnerhöhung herzunehmen.

Um die derzeit gerade hohen Energiepreise für die Menschen wieder leistbar zu machen, muss die Bundesregierung rasch etwas tun, das kann nicht allein über Lohnerhöhungen abgefedert werden.

Wenn die Inflationsrate weiterhin so hoch bleibt, dann werden diese Werte auch in die nächsten KV-Verhandlungen für das Jahr 2023 einfließen.

KV-Verhandlungen 2022

Die Lohnerhöhung ab dem 1. Mai 2022 ergibt sich also aus einer **Jahres-Inflationsrate von 3,5 Prozent** und darüber hinaus einem Anteil am Unternehmenserfolg und der Produktivität.

Da wir mit unseren Verhandlungen in den letzten Jahrzehnten erreichen konnten, dass die Löhne ausnahmslos über dem durchschnittlichen VPI erhöht wurden, war und ist die GBH auch stets Garant für Reallohnerhöhungen!

Durchschnittlicher VPI März 2021 – Februar 2022

März 2021	2,00 %
April 2021	1,90 %
Mai 2021	2,80 %
Juni 2021	2,80 %
Juli 2021	2,90 %
August 2021	3,20 %
September 2021	3,30 %
Oktober 2021	3,70 %
November 2021	4,30 %
Dezember 2021	4,30 %
Jänner 2022	5,00 %
Februar 2022	5,90 %
Jahresdurchschnitt	**3,50 %**
Bsp. BAU Gewerbe/Industrie (VPI 3,5 +0,7)	**4,20 %**

Wenn die Inflationsrate weiterhin so hoch bleibt, dann werden diese Werte natürlich auch in unsere KV-Verhandlungen für das Jahr 2023 einfließen.

Abg. z. NR Josef Muchitsch, GBH-Bundesvorsitzender

Lohnerhöhung und Teuerung

wir verhandeln deinen Lohn

Regierung muss han

PREISE RUNTER. Die Kosten für Energie und Mobilität explodieren und drängen viele Menschen an den Rand des finanziellen Ruins. Der ÖGB fordert von der Bundesregierung Maßnahmen, die Menschen entlasten. Hilf' uns und unterzeichne die Petition, denn jede Unterschrift kann entscheidend sein!

Wenn Heizen zum Luxus wird oder die Fahrt in die Arbeit kaum mehr zu finanzieren ist, dann ist ein Horrorszenario zur gefährlichen Realität geworden. Rekordpreise bei Energie und Mobilität bedrohen akut die Existenz vieler Menschen in Österreich.

Petition: Preise runter

Die Petition "Preise runter!" fordert die Bundesregierung daher auf, sofort Maßnahmen zu setzen, die den Menschen wirklich helfen.

Das Geld dafür ist da

Die Rekordinflation beschert dem Bund Mehreinnahmen von mindestens 1,5 Milliarden Euro!

Abg. z. NR Josef Muchitsch, GBH-Bundesvorsitzender: „Wir brauchen jetzt sofort Maßnahmen, um die Teuerung abzufedern und die Preise leistbar zu halten. Zusätzlich muss die Entwicklung mit einem Teuerungsmonitoring genau beobachtet werden, um volkswirtschaftlich gerechtfertigte Preise festzulegen. Ansonsten ist das Leben und Arbeiten für viele Menschen im Land nicht mehr zu finanzieren, während Konzerne mitten in der Krise gewaltige Gewinne einstreifen. Unsere Forderungen liegen auf dem Tisch. Worauf wartet die Bundesregierung?"

deln: **Preise runter**

WORAUF WARTET DIE BUNDESREGIERUNG. Wenn Heizen zum Luxus wird oder die Fahrt in die Arbeit kaum mehr zu finanzieren ist, dann ist ein Horrorszenario zur gefährlichen Realität geworden. Rekordpreise bei Energie und Mobilität bedrohen die Existenz vieler Menschen in Österreich. Preise runter, sofort!

Unsere Forderungen an die Bundesregierung

Senkung der Energie- und Treibstoff-Preise

Von den **Horrorpreisen bei Energie und Treibstoffen** ist jeder Mensch in Österreich betroffen. Für viele wird das Zahlen der Rechnungen zu einem existenzbedrohenden Problem. Schnelle Entlastung ist jetzt nötig, denn viele Menschen außerhalb der Städte sind immer noch auf ihr Auto angewiesen. Allein die Senkung der Mehrwertsteuer würde den Preis spürbar senken. Zusätzlich braucht es Direktzuschüsse für einkommensarme Haushalte und eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Gas und Strom.

Kilometergeld auf 50 Cent erhöhen

Das private Auto für berufliche Fahrten zu nützen, ist für viele Menschen in Österreich Realität. Das Kilometergeld, das ihnen dafür bezahlt wird, **ist aber seit 13 Jahren nicht mehr erhöht worden** – und das wird jetzt zum gewaltigen Problem. Denn für viele ArbeitnehmerInnen geht die Rechnung schon bald nicht mehr auf. Wenn etwa in der mobilen Pflege die Kosten der PflegerInnen nicht mehr gedeckt werden können – wer soll dann pflegen? Eine Erhöhung des Kilometergeldes von 42 auf 50 Cent ist längst überfällig.

Mehrwertsteuer auf Öffi-Zeitkarten streichen

In Österreichs Städten gibt es eine echte **Alternative zum Auto: den öffentlichen Verkehr.** Aber: Auch Menschen ohne Auto sind von den gestiegenen Energiepreisen massiv betroffen. Die Lösung: Eine Streichung der Mehrwertsteuer auf Zeitkarten (z.B. Wochen-, Monats- und Jahreskarten). Das gibt sofort finanzielle Entlastung und einen starken Anreiz, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. **Wir brauchen jetzt Maßnahmen, um die Teuerung abzufedern und die Preise leistbar zu halten!**

Was wäre in Krisen o

OHNE GEWERKSCHAFT KEINE höheren Löhne! KEINE höheren Lehrlingseinkommen! KEINE Zulagen! KEINE Vertretung für dich als ArbeitnehmerIn in Krisenzeiten, d. h. auch KEINE eigenen Kampagnen, wie die aktuelle Kampagne PREISE RUNTER u. v. m. Gerade Krisen zeigen, wie wichtig starke Gewerkschaften mit ihren BetriebsrätInnen sind.

Ohne GEWERKSCHAFT keine Lohnerhöhungen

Deine jährliche Lohnerhöhung regelt nur dein Kollektivvertrag, kein Gesetz. Je mehr Mitglieder wir in deiner Branche haben, umso besser und höher sind die Lohnabschlüsse. Nicht umsonst haben wir die besten Kollektivverträge am Bau, denn hier haben wir auch deutlich die meisten Mitglieder. Hier haben wir die stärkste Verhandlungsbasis dank unserer Mitglieder.

Ohne GEWERKSCHAFT kein Urlaubs- und Weihnachtsgeld

Beides ist gesetzlich nicht geregelt und nicht selbstverständlich. Wusstest du, dass es in vielen EU-Staaten überhaupt kein Urlaubs- und Weihnachtsgeld gibt?

Ohne GEWERKSCHAFT keine kostenlose persönliche Beratung in allen arbeits- und sozialrechtlichen Fragen

Wir beraten unsere Mitglieder in allen Angelegenheiten rund um ihren Job. **„Was sind ihre Rechte? Welcher Verdienst steht ihnen zu?"**

Laufend informieren wir unsere Mitglieder exklusiv auf unseren Websites, mit unserem Mitgliedermagazin „die BAU-HOLZ", unserem exklusiven SMS-Service für Mitglieder u. v. m.

Ohne GEWERKSCHAFT kein Recht auf Freizeit und Urlaub

Du arbeitest, um zu leben, und nicht umgekehrt. Du lebst nicht, um zu arbeiten – sondern du arbeitest, um zu leben. Deshalb ist es uns als Gewerkschaft so wichtig, dass du genügend Ruhezeit hast, aber auch ausreichend Urlaub bekommst.

Ohne GEWERKSCHAFT kein Schutz deiner Gesundheit während deiner Arbeitszeit – aber auch privat

Nur eine starke Gewerkschaft kann unser Gesundheitssystem vor den Angriffen neoliberaler Kräfte schützen. Nicht umsonst hat es gerade in Ländern wie Italien und Großbritannien leider so große Probleme während der Corona-Krise gegeben, weil sie jahrzehntelang ihre Gesundheitssysteme kaputtgespart haben.

Ohne GEWERKSCHAFT kein stärkerer Einfluss auf Gesetze

GewerkschafterInnen kämpfen im Parlament für dich. Keine andere Gewerkschaft bringt politisch auf der Gesetzgebungsebene so viel für ArbeiterInnen weiter wie die GBH (BUAG, Schlechtwetterregelung, Überbrückungsgeld, Steuerfreiheit Taggeld, Kurzarbeit statt Kündigung, etc.).

Ohne GEWERKSCHAFT keine starke Vertretung auch in Krisenzeiten

Die Krise hat uns allen deutlich gezeigt, wie wichtig eine starke Gewerkschaft mit ihren BetriebsrätInnen ist!

Ohne GEWERKSCHAFT keine Bildungsunterstützung

Finanzielle Unterstützungen bei Aus- und Weiterbildung. Unsere Bildungseinrichtung gewährt Mitgliedern, die einen Kurs zur beruflichen Aus- und Weiterbildung, zum Sozial- oder Arbeitsrecht oder zur politischen Bildung besuchen, eine finanzielle Unterstützung.

Ohne GEWERKSCHAFT keine Vergünstigungen, exklusiv für Gewerkschaftsmitglieder

Mit der GBH-Mitgliedskarte gibt es Ermäßigungen für Urlaube, Konzerte, Kabarett, Theater, Tanken u.v.m. Weitere exklusive Angebote für GBH/ÖGB-Mitglieder: preisvorteil.oegb.at

klick rein!

LINK-TIPP: Weitere Ermäßigungen gibt's auf: **preisvorteil.oegb.at**

hne Gewerkschaft

Ohne GEWERKSCHAFT kein kostenloser Rechtsschutz

Damit Mitglieder auch das bekommen, was ihnen zusteht. Für Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis wird kostenlos ein Rechtsanwalt durch die Gewerkschaft beigestellt (Lohndifferenzen, Unfall bei der Arbeit, Unfall auf dem Weg von und zur Arbeit, Pensionsangelegenheiten, Vertretung vor dem Schiedsgericht).

Ohne GEWERKSCHAFT kein ständiger Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping

Wir schauen darauf, dass öffentliche Gelder auch bei regionalen Betrieben mit ihren Beschäftigten ankommen. Wir kämpfen gegen Lohn- und Sozialdumping - nur dank unserer Stärke ist es uns gelungen, als einziges Land in der gesamten EU ein Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping umzusetzen.

Ständiger Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping sichert deinen Arbeitsplatz und dein Einkommen.

Wer zahlt die Kosten der aktuellen Krisen? Auch Superreiche müssen einen Beitrag leisten

Die Zeit ist reif, dass auch die Superreichen in Österreich ihren Beitrag leisten. Die Kosten der Krisen dürfen nicht wieder ArbeitnehmerInnen „blechen“.

UMWELT+BAUEN schützt unser Klima und deinen Arbeitsplatz

Mit unserer Nachhaltigkeitsinitiative „UMWELT + BAUEN“ schützen wir nicht nur unsere Umwelt, sondern schaffen jährlich tausende neue Arbeitsplätze.

Das alles und vieles mehr kannst auch du über Nacht verlieren, denn ohne Gewerkschaft gibt es keine unabhängige Vertretung für unsere ArbeitnehmerInnen.

Deshalb stärke dich selbst und wirb Mitglieder.

Link tipp

LINK-TIPP: Infos zu unseren Leistungen: **soziale-fair-sicherung.at**

Arbeitszeit runter, Einkommen rauf – mehr Respekt!

INTERNATIONALER FRAUENTAG. Zum internationalen Frauentag setzten die GBH-Frauen mit BetriebsrätInnen in ganz Österreich ein starkes Zeichen für mehr Respekt. Die klare Botschaft: Arbeitszeit runter, Einkommen rauf – mehr Respekt!

Auf die Einkommen von Frauen und Männer bezogen gehört Österreich innerhalb der EU immer noch zu den Ländern mit den höchsten Lohnunterschieden – 19,9 Prozent waren es im Jahr 2019.

Die Anhebung des kollektivvertraglichen Mindestlohns auf 1.700 Euro ist eine langjährige Forderung der Gewerkschaften und sie muss gerade auch angesichts der enormen Teuerungsrate in den letzten Monaten dringend umgesetzt werden. „Armut trotz Erwerbsarbeit dürfen wir in einem hochindustrialisierten, wissenschaftlich und technisch topplatzierten Staat wie Österreich nicht zulassen“, so Brigitte Schulz, GBH-Frauen.

32 Stunden Normalarbeitszeit sind genug

Gerade Frauen, die im Bau- und im Produktionsbereich arbeiten, haben sich in der Corona-Pandemie als systemrelevant erwiesen. Sie verrichten oft sehr schwere Arbeit und sind durch Lärm, Staub, Stress und zuletzt auch durch notwendige Corona-Sicherheitsmaßnahmen noch zusätzlich belastet. Gerade diese Frauen brauchen dringend mehr Fairness. Sie haben Gleichstellung verdient!

32 Stunden Normalarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich sind angesichts der Arbeitsbelastungen genug. Die Leistungen der Frauen dürfen außerdem nicht schlechter entlohnt werden als die der Männer. Dazu brauchen wir eine Arbeitsorganisation, die den Bedürfnissen aller Beschäftigten entgegenkommt und die auch die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit ermöglicht. „Jene Firmen, die bereits auf eine 4-Tage-Woche setzen, haben kein Problem mit einem Fachkräftemangel, ihre Beschäftigten sind zufriedener und leistungsfähiger. Das sollten sich Politik und Unternehmensverantwortliche endlich zum Vorbild nehmen und flächendeckend umsetzen“, sagt Schulz. Mit einer Reduktion der Normalarbeitszeit hätten auch Männer mehr Möglichkeiten, Care-Arbeit zu übernehmen und diese fairer aufzuteilen.

Gewalt ist keine Lösung, sondern ein Problem

„Wir GBH-Frauen stehen für ein respektvolles Miteinander und stellen uns deutlich gegen jegliche Form der Gewalt, Belästigung und Diskriminierung, auch und gerade am Arbeitsplatz. Wir verlangen für jede/n Beschäftigte/n ein Arbeitsumfeld, in dem Würde und Respekt selbstverständlich sind. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben jeder Führungskraft, ein solches Arbeitsumfeld sicherzustellen. Das sind diese ihren Beschäftigten schuldig“, so Schulz.

„Unsere GBH-Frauen haben gemeinsam mit BetriebsrätInnen in ganz Österreich am internationalen Frauentag starke Zeichen gesetzt. Die klare Botschaft: Arbeitszeit runter und Einkommen rauf. Außerdem unterstütze ich nachdrücklich die Forderung, dass Gewalt, Belästigung und Diskriminierung an keinem Arbeitsplatz - und auch sonst nirgends - Platz finden dürfen“, bedankt sich GBH-BV Abg. z. NR Josef Muchitsch für die vielen Aktionen anlässlich des Weltfrauentages.

Klimaschutz: Chancen für Bauwirtschaft und Beschäftigte

RUNDER TISCH. Auf Initiative des Vorsitzenden der Gewerkschaft Bau-Holz Abg.z.NR Josef Muchitsch gab es einen Runden Tisch zur Zukunft der Bauwirtschaft bei Wirtschaftsstadtrat Peter Hanke in Wien.

Wiener Wirtschaftsstadtrat Hanke diskutiert mit Sozialpartnern Herausforderungen.

Im Mittelpunkt der Diskussion mit WK-Präsident Walter Ruck und VertreterInnen von AMS und waff (Wiener ArbeitnehmerInnen-Förderungsfonds) stand die Frage, welche neuen Qualifikationen und Kompetenzen zukünftig Beschäftigte in der Baubranche erfüllen müssen, wenn es um die Umsetzung der ehrgeizigen Klimaziele und Dekarbonisierungsstrategien in Wien geht.

Dazu Josef Muchitsch: „Ohne gut qualifizierte Fachkräfte werden wir den Wandel nicht bewältigen. Die Lehre ist dafür die beste Basis. Wir brauchen die Lehrausbildung in den Betrieben, wir brauchen auch die überbetriebliche Lehrausbildung und es muss alles dafür getan werden, dass man auch als Erwachsener einen Lehrabschluss nachholen kann. Wer bereits gut qualifiziert ist, hat die besten Voraussetzungen, Neues zu lernen und das wird immer notwendiger werden."

Im Rahmen des Runden Tisches wurden drei konkrete Maßnahmen vereinbart

- Die mit der **Smart City Klima-Strategie** verbundenen Anforderungen werden ein Arbeitsschwerpunkt im Fachkräftezentrum des waff.
- Im Rahmen der **überbetrieblichen Lehrausbildung (ÜBA)** für Berufe werden neue Akzente in Bezug auf Ausbildungsinhalte im Kontext Ökologisierung und Nachhaltigkeit gesetzt. Die überbetriebliche Lehrausbildung (ÜBA) soll damit bewusst zu einem Experimentierfeld im Hinblick auf die Veränderung von Berufsbildern werden.
- Mit seinem Programm **„Jobs Plus Ausbildung"** bietet der waff Unternehmen mit Fachkräftebedarf ein umfassendes Unterstützungsangebot. Eine Kooperation mit Wiener Fliesenlegerbetrieben ist bereits in Umsetzung. Um dieses Angebot noch breiter aufzustellen, werden waff und Bauinnungen in den nächsten Monaten gemeinsame Branchenkonferenzen organisieren.

Ich freue mich über diese Initiative der Sozialpartner, weil der Blick in die Zukunft gerichtet wird.

Peter Hanke, Wirtschaftsstadtrat WIEN

INFOBOX

In der Wiener Bauwirtschaft waren 2021 rund **52.000 Personen** beschäftigt. Die Arbeitslosigkeit liegt bei **14,2 Prozent.** Einen hohen Stellenwert hat die **Lehrausbildung:** 2021 wurden in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland **7.757 Lehrlinge** ausgebildet, davon allerdings nur 3.258 Lehrlinge mit Wohnsitz in Wien.

GBH Kärnten

Ermenhild Santer ist neue Frauenvorsitzende der GBH Kärnten

Die gebürtige Klagenfurterin Ermenhild Santer ist die neue Landesfrauenvorsitzende der GBH Kärnten. In dieser Funktion setzt sich die zweifache Mutter unter anderem gegen Gewalt am Arbeitsplatz und für einen Mindestlohn von 1.700 Euro ein. „Frauen, die im Bau- und Produktionsbereich arbeiten, leisten Schwerarbeit und haben sich die Gleichstellung verdient!“, so ihre Botschaft.

GBH Niederösterreich

60 Jahre Mitgliedschaft

Für 60 Jahre Mitgliedschaft bei der GBH wurde der ehemalige langjährige GBH-Sekretär **Hermann Frühwirt** aus Waidhofen/Ybbs geehrt.

GBH-LGF Rudolf Silvan, Hermann Frühwirt und GBH-MA Daniel Lachmayr

Wir sagen „Danke!“

Franz Resch, langjähriger Prüfer aus der GBH NÖ in der AKNÖ, wurde aus seiner Funktion verabschiedet. Wir danken für seine Tätigkeit.

GBH Steiermark I Oberösterreich

Gelebte Solidarität in der GBH

Wenn du uns brauchst, sind wir für dich da

Wir lassen niemanden im Stich, schon gar nicht unsere Kollegen am Bau, wenn sie in Not geraten.

Schlimmes musste **Christian Stelzl aus der Steiermark** erleben. Sein Haus, in dem er mit seiner Frau, den beiden Kindern (7 und 9 Jahre alt) und seinen Eltern lebte, wurde durch einen Brand komplett zerstört. Die Familie konnte nur das retten, was sie am Körper trug.

Dieses Schicksal traf leider auch unseren Kollegen **Johann Nief aus Oberösterreich**, der ebenfalls bei einem schlimmen Hausbrand sein ganzes Hab und Gut verloren hat.

Wir sind für euch da!

In dieser furchtbaren Situation, die wohl jeden an seine Grenzen bringt, lassen wir unsere Kolleginnen und Kollegen nicht allein und überbrachten ihnen eine finanzielle Unterstützung. Wir hoffen, damit ein wenig geholfen zu haben.

GBH-LGF Andreas Linke, BR Christian Stelzl, GBH-LV und BRV Christian Supper und BRV-Stv. Markus Raaber

Hilfe, wo Hilfe notwendig ist: GBH-BV-Stv. Albert Brunner, Johann Nief und der betreuende Sekretär der GBH Daniel Mühlböck

GBH Niederösterreich

Weiterbildung bringt´s! Abschluss der GBH-Grundkurse 2022

Die GBH-Grundkurse sind die Basis jeder guten Betriebsratsausbildung. Einen GBH-Grundkurs zu besuchen, heißt nicht, den ganzen Tag Schulstunden zu absolvieren. Mit modernsten Lehrmethoden und viel Action wird jeder GBH-Kurs zu einem Erlebnis. 14 engagierte niederösterreichische Betriebsräte haben diese Grundausbildung 2022 erfolgreich absolviert. **Wir gratulieren!**

GBH Salzburg

Wohnbau in Salzburg – es stinkt zum Himmel

Danninger: keine 200 Mietwohnungen jährlich zu bauen ist ein gesellschaftspolitischer Skandal

Die Ziele, die das Land Salzburg sich im jährlichen Mietwohnbau setzt, werden über Jahre schon verfehlt. Aber das Geld, das von den Salzburger Arbeitnehmern kommt, ist auch weg – verschwindet sozusagen im allgemeinen Budget des Landes.

Nur Ausreden

Ein Skandal sondergleichen, meint ein überaus verärgerter Othmar Danninger, Landesvorsitzender der GBH Salzburg. „Ich kann diese Ausreden schon nicht mehr hören. Wir leben in einem der teuersten Bundesländer in ganz Österreich, tausende Menschen suchen leistbares Wohnen, und die Landesregierung schafft es einfach nicht, eine effiziente Wohnbaupolitik auf die Beine zu stellen."

Danninger setzt sich schon lange für die Zweckbindung der Wohnbaugelder ein. „Warum können wir das Geld, das wir voriges Jahr nicht verbaut haben, nicht im heurigen Jahr einsetzen? Ich fordere eine Art „Wohnbaukasse" für Salzburg, nur so kann garantiert werden, dass das Geld aus dem Wohnbauförderungsbeitrag der Arbeitnehmer auch im Wohnbau ankommt."

GBH Steiermark

KV-Infotour gestartet

GBH auf Baustellen und in Betrieben unterwegs

In der Steiermark waren LGF Andreas Linke, LV Christian Supper und Fachexpertin Manuela Rozin auf Baustellen der Firma Porr und Sako Stahl unterwegs, um über den KV-Abschluss und die Lohnerhöhungen am Bau und andere aktuelle Änderungen zu berichten. Das Interesse der Kollegen war groß, die Stimmung sehr gut.

GBH Wien

Krapfen für die Bauarbeiter

Die GBH versüßte auch heuer ihren Mitgliedern den Faschingsausklang

Wie jedes Jahr haben wir auch heuer wieder am Faschingsdienstag mehr als 1500 Krapfen an unsere BAU-HOLZ-BerufsschülerInnen, Lehrlinge und Facharbeiter verteilt. In Wien besuchte GBH-Sekretär Bernhard Schmid Berufsschulen, Firmen und Baustellen und konnte viele interessante Gespräche führen.

Wir hoffen, die Krapfen haben geschmeckt!

GBH Salzburg

Schon 20 neue GBH-Mitglieder bei Blizzard

Erfreuliche Nachrichten erreichen uns aus dem Oberpinzgau. Unser überaus engagierter BRV bei Blizzard Ski in Mittersill, Gerhard Pfeifer, überreichte seiner GBH Anfang März 20 Neubeitritte aus seinem Betrieb. Auf die Frage: „Gerhard, Dankeschön, aber wie schaffst du das immer wieder, deine Leute für die GBH zu begeistern?", kommt es kurz und knackig: „Ich spreche gleich am ersten Arbeitstag mit den neuen Kolleginnen und Kollegen, ich erzähle ihnen kurz über unseren KV, über Aktionen und Kampagnen und sage: `Ohne unsere GBH ginge gar nichts beim Lohn und im Sozialbereich.´ Und die Kolleginnen und Kollegen verstehen das – und der Großteil unterschreibt gleich darauf eine Beitrittserklärung."

Danke, Gerhard, für dein Engagement! Du zeigst uns – es funktioniert.

Rechtsfall

Baufirma trennte sich per SMS von 26 Arbeitern

Ein niederösterreichischer Baubetrieb, der als Subunternehmer für andere Firmen tätig ist, beendete im Herbst die Arbeitsverhältnisse von 26 tschechischen Dienstnehmern, die zwischen einem und sechs Monate dort beschäftigt waren, per SMS. Sie sollten nach Hause fahren, er würde den Arbeitern nichts mehr bezahlen. In Summe stehen den Kollegen noch 230.000 Euro zu, dazu kam wegen den von der Firma fälschlicherweise angegebenen Abmeldegründen noch eine Sperre des Arbeitslosengeldes.

GBH und Arbeiterkammer betreuen den Fall, eine Klage wurde eingereicht. Die Firma ist mittlerweile insolvent. **Sollte dir etwas Ähnliches passieren, melde dich sofort bei deiner GBH! Sonst könntest du wichtige Fristen versäumen!**

Tipp „Wien Museum"

Großbaustellen, die Wien zu Wien machten

Ein Tipp für alle, die professionelles Interesse zeigen, aber auch für alle, die schon als Kind am liebsten „Baustellen-Schauen" waren: Das Wien Museum zeigt am Rande der eigenen Baustelle (es wird gerade umgebaut) großformatige Luftaufnahmen von den wichtigsten Baustellen der Wiener Nachkriegsmoderne, wie etwa jenen der Wiener Stadthalle, der UNO-City, des Wohnparks Alterlaa und der Donauinsel. Die Ausstellung „Stadt Luft Bild – Großbaustellen der Nachkriegsmoderne" ist auf dem Bauzaun des Wien Museums am Wiener Karlsplatz bis 22. Mai 2022 zu sehen.

Eine Bildergalerie gibt es online

International

Slowenische Entsendetricks: EFBH fordert EU auf, endlich zu handeln

In Slowenien hat sich ein unlauteres Geschäftsmodell entwickelt, das die Ausbeutung von Bauarbeitern staatlich fördert und Staaten wie Österreich Millionen von Euro an Sozialversicherungs- und Steuereinnahmen kostet.

Slowenien ist einer der größten Entsender ausländischer Arbeitskräfte in europäische Länder, vor allem nach Österreich und Deutschland. Zahlreiche Arbeitnehmer aus dem Westbalkan (Bosnien und Herzegowina, Serbien, Kosovo, aber auch aus Albanien und Armenien) kommen über Slowenien in die EU und werden ausgebeutet, da ihre Sozialversicherungsbeiträge auf der Grundlage eines Prozentsatzes des Lohns berechnet werden, den sie für vergleichbare Arbeit in Slowenien erhalten würden.

Die Europäische Föderation der Bau- und HolzarbeiterInnen (EFBH) fordert die EU seit 2019 gemeinsam mit der GBH, dem ÖGB und anderen Gewerkschaftsorganisationen zum Handeln auf.

GBH-BV Josef Muchitsch, stellvertretender Vorsitzender des EFBH-Bauausschusses, bekräftigt: „Bauarbeiter dürfen nicht weiter ausgebeutet werden, nicht in Österreich, nicht in Slowenien, nirgendwo! Und natürlich dürfen nationale Unternehmen nicht weiterhin das Ziel unlauteren Wettbewerbs sein."

Gesundheit

Fehlzeitenreport zeigt verantwortungsvollen Umgang mit telefonischer Krankmeldung

Seit Beginn der Corona-Pandemie im Jahr 2020 gibt es seitens der ÖGK (mit nur kurzen Unterbrechungen) die Möglichkeit für eine Krankmeldung ohne Besuch einer Arzt-Ordination.

ÖGK-AN-Obmann Andreas Huss: „Entgegen mancher Befürchtungen ist im Fehlzeitenreport kein Missbrauch der telefonischen Krankmeldung erkennbar. Die Menschen haben hier sehr verantwortungsvoll agiert." Die Beschäftigten verbrachten im Jahresverlauf durchschnittlich 12,7 Kalendertage im Krankenstand, also um 4,2 % weniger als 2019 (13,3 Tage). Die Krankenstandsquote, ein Indikator für den Verlust an Arbeitszeit, reduzierte sich damit auf 3,5 %.

Nur in der Gruppe der psychischen Erkrankungen gab es laut Bericht einen großen Anstieg um rund 8,5 %. Huss dazu: „In der aktuellen Situation brauchen wir in der psychosozialen Versorgung einen Ausbau in voller Breite."

Arbeiterkammer Oberösterreich

Schon jede dritte offene Stelle ist ein Leiharbeitsplatz

Vor allem junge Menschen brauchen nachhaltige Job-Perspektiven

In der Diskussion um Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit wird meist verschwiegen, dass auf dem Arbeitsmarkt immer seltener stabile Beschäftigungsverhältnisse angeboten werden. Das zeigt die AK Oberösterreich auf: In Österreich waren im Februar 2022 von etwa 119.000 beim AMS gemeldeten offenen Stellen rund 30.500 der Arbeitskräfteüberlassung zuzurechnen. In Oberösterreich wurden sogar von etwa 30.000 offenen Stellen rund 10.000 von Leiharbeitsfirmen angeboten. Oberösterreich hat damit den zweithöchsten Wert hinter der Steiermark.

Die durchschnittliche Beschäftigungsdauer in der Arbeitskräfteüberlassung lag österreichweit im Beobachtungszeitraum Juli 2020 bis Juni 2021 bei 190 Tagen. Das ist um 42 Tage kürzer als im Vergleichszeitraum Juli 2019 bis Juni 2020. Für die betroffenen ArbeitnehmerInnen bedeutet das ständige ökonomische Unsicherheit, Zukunftsängste, Verlust von betrieblicher Anbindung und längerfristig schlechtere Erwerbschancen. Diese instabilen Arbeitsverhältnisse bringen auch andere soziale und ökonomische Probleme mit sich, z.B. wenn ein Kredit benötigt wird oder bei der Wohnungssuche. Besonders junge Menschen laufen Gefahr, in einen Teufelskreis aus Arbeitslosigkeit und kurzfristigen Beschäftigungen zu geraten.

Auch ist zu kritisieren, dass manche Unternehmen ihre Personalsuche primär über Leiharbeitsfirmen machen. Hier fordert AK-Präsident Andreas Stangl ein Umdenken: Leiharbeit sollte ursprünglich dazu dienen, um Bedarfsspitzen abzudecken, aber nicht, um Regelarbeitsverhältnisse zu umgehen.

Die Arbeiterkammer Oberösterreich fordert daher u.a., dass Unternehmen im ersten Monat der Arbeitslosigkeit die Kosten für das Arbeitslosengeld übernehmen und dass sich die Arbeitgeberbeiträge zur Arbeitslosenversicherung nach deren Beendigungshäufigkeit bemessen sollen. Die Ausbildungsgarantie für junge Erwachsene sollte forciert und die Leiharbeit für unter 18-Jährige verboten werden.

Arbeitsmarkt

Interessierte für Berufsfelder im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit qualifizieren

Die vom ÖGB geforderte und dringend notwendige Umweltstiftung nimmt ihre Arbeit auf und soll bis zu 1.000 Arbeitslose in den Bereichen Umwelt und Nachhaltigkeit ausbilden. Ingrid Reischl, Leitende Sekretärin des ÖGB, freut sich, „dass AMS und Arbeitsministerium unsere Initiative aufgreifen und die Umweltstiftung nun starten kann“. Arbeitsstiftungen sind ein wirksames Instrument, um den Arbeitsmarkt zu stabilisieren.

Gut für Menschen und Umwelt

Arbeitslose können sich in den Bereichen Abfall- und Ressourcenwirtschaft, Green Mobility, Energie- und Gebäudetechnik, Land- und Forstwirtschaft sowie Forschung, Bildung und Lebensstil ausbilden lassen. Die TeilnehmerInnen wissen, wo sie später arbeiten werden und sind finanziell abgesichert.

Wertschöpfungsbarometer

Hohe Produktivität und hohe Gewinnausschüttungen trotz Corona-Förderungen

Die AK Oberösterreich hat für ihren jährlichen Wertschöpfungsbarometer die Jahresabschlüsse von 787 oberösterreichischen Groß- und Mittelbetrieben analysiert. Das überraschende Ergebnis: Im Corona-Krisenjahr 2020 waren die ArbeitnehmerInnen in den untersuchten oberösterreichischen Unternehmen noch produktiver als 2019.

Auch österreichweit hat die AK Oberösterreich wieder die veröffentlichten Jahresabschlüsse mittelgroßer und großer Kapitalgesellschaften ausgewertet. Die durchschnittliche Pro-Kopf-Wertschöpfung überstieg 2020 den durchschnittlichen Pro-Kopf-Personalaufwand um 35.129 Euro. Dieser Wert hat sich im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert. Für Oberösterreichs Groß- und Mittelbetriebe ist dieser Wert sogar deutlich gestiegen.

Auch eine weitere Sonderauswertung brachte ein erstaunliches Ergebnis

284 der untersuchten oberösterreichischen Unternehmen haben in ihrem Jahresabschluss für 2020 Corona-Förderungen ausgewiesen. Davon haben 112, also fast 40 Prozent, gleichzeitig Gewinnausschüttungen in Höhe von insgesamt fast 725 Millionen Euro vorgenommen. „Die Gewinnauszahlungen dieser Unternehmen waren 6,5-mal so hoch wie die Corona-Förderungen. Wenn Unternehmen über die Kurzarbeitsvergütungen hinausgehende öffentliche Förderungen in Anspruch nehmen, sollten ihre zulässigen Gewinnausschüttungen an die EigentümerInnen begrenzt werden“, fordert AK-Präsident Andreas Stangl.

Digitale Stimme der sozialen Gerechtigkeit

Facebook, Instagram, Twitter, TikTok, Whatsapp, Telegram, Signal – sie haben viele Namen, aber eines ist ihnen allen gleich: Alle diese Plattformen sind soziale Medien und aus unserem Leben kaum mehr wegzudenken. Die digitale Welt ist nicht alles, aber sie ist mittlerweile sehr vieles – und das wird sich nicht mehr ändern. Umso wichtiger, dass wir als Gewerkschaft Bau-Holz die Zeichen der Zeit erkannt haben und unsere digitalen Kommunikationskanäle immer weiter ausbauen.

Eine digitale Welt ohne GBH darf es nicht geben!

Egal, ob Coronakrise, Wahlen, Debatten um Arbeitszeitverkürzung: Immer mehr Menschen bilden sich ihre Meinung im Internet und in den sozialen Medien. Im Meinungsbildungsprozess hat die Bedeutung der klassischen Medien immer weiter abgenommen. Das hat Vor- und Nachteile: Die sozialen Medien sind voll mit Fakenews, also Falschmeldungen, die sich in Windeseile verbreiten. Andererseits bieten soziale Medien viele Möglichkeiten dafür, dass sich ArbeitnehmerInnen vernetzen, die gemeinsamen Erfahrungen austauschen und sich organisieren: Whatsapp-Gruppen, mit denen in wenigen Sekunden die gesamte Belegschaft erreicht werden kann oder Facebook-Postings, die in Windeseile unsere KollegInnen über die neuesten KV-Abschlüsse informieren. Eine digitale Welt ohne Gewerkschaft Bau-Holz darf es nicht geben, denn es wäre eine Welt ohne die Interessensvertretung der ArbeitnehmerInnen unserer Branchen. Drängen wir die Fakenews-Produzenten zurück und nutzen wir die digitale Welt für die Interessen unserer ArbeitnehmerInnen.

Unser GBH-Rüstzeug für die digitalen Medien

In diesem Sinne arbeiten wir als GBH schon länger am Ausbau unserer digitalen Kommunikationskanäle. Bei zahlreichen Themen ist es uns mittlerweile gelungen, unsere Botschaften in kürzester Zeit an tausende Menschen weiterzugeben. Alleine mit unseren Informationen zu den aktuellsten Entwicklungen und Schutzmaßnahmen unserer Branchen in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie haben wir im letzten Jahr weit über 100.000 Menschen erreicht. Unsere erfolgreichen KV-Abschlüsse waren in kürzester Zeit online und wurden weiter verbreitet. Mit einem erfolgreichen Facebook-Video eines GBH-Betriebsrates konnten wir breitenwirksam auf das Problem Hitze am Bau hinweisen. Auf unserem Youtube-Videokanal erklärt unser GBH-Bundesvorsitzender Josef Muchitsch die tollen Errungenschaften der neuesten BUAG-Novelle.

Der digitale Stammtisch ist vieles, aber nicht alles

Klar bleibt, die digitalen Medien können niemals den direkten Austausch mit unseren Mitgliedern und KollegInnen ersetzen. Sie sind ein ergänzendes Kommunikationsmittel, mit dessen Hilfe wir die Interessen der ArbeitnehmerInnen in der digitalen Welt weiter verbreiten können. Dazu braucht es aber euch: Liked, folgt und verbreitet unsere sozialen Medien in der digitalen Welt. Denn die Gewerkschaft ist wichtiger denn je – in der „echten“ und in der digitalen Welt.

FOLLOW US

Facebook	facebook.com/deinegbh
Instagram	instagram.com/gewerkschaft_bauholz/
YouTube / GBH-TV	youtube.com/GBHTV
Twitter	twitter.com/josefmuchitsch

FACEBOOK, TWITTER & CO. Die sozialen Medien sind die Stammtische des 21. Jahrhunderts. Dort wird gestritten, dort wird kommuniziert, dort wird Meinung gebildet, dort wird gedatet, dort werden neue Freunde gefunden – und dort braucht es laute Stimmen der Gewerkschaft dringender denn je. Die Gewerkschaft Bau-Holz ist dafür bereit.

Jährliche Lohnerhöhungen

Mach uns stark.
Mach dich stark!

GBH
GEWERKSCHAFT
BAU - HOLZ

Österreichische Post AG, MZ 02Z031737 M, ÖGB-Verlag, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Retouren an PF 100 1350 Wien

Ein Ersuchen des Verlages an den Briefträger:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

_____

_____ / / /
Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

/
_____
Postleitzahl Ort **HERZLICHEN DANK!**

DVR-Nr. 0046655 ZVR 576 439 352 F-05

Impressum | Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft Bau-Holz, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1 | **Medieninhaber und Hersteller:** Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1 | **Offenlegung** nach § 25 Mediengesetz unter: www.oegb.at/offenlegung | **Fotos:** GBH-Presse, Adobe Stock, Altenburger, Trabi | **Redaktion:** Thomas Trabi, M.A., Mag.ª Sonja Schmid, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, presse@gbh.at | **Gesamtkonzept, Layout & Grafik:** GBH-Presse, Thomas Trabi, M.A. | **Druck:** Medienfabrik Graz